

Vom Abzocken und Renten klauen

Wenn es um sozialpolitische Revisionsvorlagen geht, packen Linke und Gewerkschaften immer wieder dieselben Kampfbegriffe aus ihrem Polemik-Werkzeugkasten. Damit wollen sie auch die notwendige Sanierung der Arbeitslosenversicherung verhindern. *Thomas Daum*



Bild: Silvia Oppliger

*Thomas Daum, Direktor
des Schweizerischen
Arbeitgeberverbands*

Das letzte Mal erlebten wir das im Abstimmungskampf zur Reduktion des BVG-Mindestumwandlungssatzes. Damals legten die Gegner der Reduktion mit den Reizworten «Abzockerei» und «Rentenklau» einen emotionalen Lärmteppich, auf dem eine sachliche Diskussion über die Folgen der steigenden Lebenserwartung und sinkenden Anlage-Renditen kaum mehr möglich war. Sie konnten so das allgemeine Misstrauen der Bevölkerung gegen die Wirtschaft für ihre Nein-Kampagne nutzen und die Vorlage deutlich zu Fall bringen.

Bewirtschaftung von Vorurteilen

Angespornt durch ihren Erfolg, attackieren die Sieger des 7. März nun nach demselben Strickmuster auch die Revision der Arbeitslosenversicherung. Als Blickfänger dient ein grosser Manager-Schuh der kleine Leute zertritt. Unter dem Claim «Abzocker belohnen, Volk bestrafen?» wird kritisiert, dass der Bund für die Verursacher der Finanzkrise Milliarden aufgewendet habe, den Opfern der Krise nun aber die ALV-Leistungen gekürzt werden sollen. Dass auf Einkommen über 315 000 Franken keine Beiträge an die Arbeitslosenversicherung bezahlt werden müssen, wird als «Gipfel» der Ungerechtigkeit bezeichnet.

Mit dieser süffigen Bewirtschaftung von Vorurteilen werden Fakten verdreht und Probleme zugeschüttet. Die ALV ist nicht wegen der Finanzkrise und ihren konjunkturellen Folgen zum Sanierungsfall geworden, sondern weil sie konjunkturunabhängig (!) unter einem Defizit von fast 1 Milliarde Franken leidet. Die Beseitigung dieses Defizits, das die langfristige Leistungsfähigkeit der Versicherung gefährdet, steht im Zentrum einer Revision, die ausgewogen sowohl auf der Beitrags- wie auf der Leistungsseite ansetzt. Es wird nicht einfach «Leistungsabbau auf dem Buckel der Schwächsten» betrieben, denn die nötigen Leistungskorrekturen nehmen auf die Beschäftigungs-Chancen und auf die soziale Lage der Betroffenen Rücksicht. Die Gegner wissen sehr wohl, dass bei einem Verzicht auf Leistungskorrekturen 700 Millionen Franken mehr Beiträge erhoben werden müssten. Sie starten deshalb ein Ablenkungsmanöver und suggerieren, man könne dieses Geld bei den Topverdienern holen, obwohl diese schon heute einen happigen Solidaritätsbeitrag an die ALV bezahlen.

Rhetorik statt Lösungen

Die Kampagne der Linken und Gewerkschaften wird sich bei der 11. AHV-Revision fortsetzen. Schon bevor deren Beratung im Parlament abgeschlossen ist, haben sie mit dem neuerlichen Vorwurf des «Rentenklaus» das Referendum angekündigt. Offenbar wollen sie mit ihrer emotionalisierenden Kampf-Rhetorik auf allen Feldern der schwierigen Diskussion um die nötige Reform unserer Sozialwerke ausweichen. Die Finanzierungsprobleme bleiben der nächsten Generation überlassen. Sie werden dann noch zwischen der beitragsmässigen «Abzocke» und dem «Klau» ihrer Renten wählen können. ■